

„Mehr Wir und weniger Ich“

Peer Steinbrück und die SPD können in die Wahlauseinandersetzung starten

von Manfred Nink

Am 8. Dezember hat die SPD Peer Steinbrück auf einem Sonderparteitag in Hannover mit dem Ergebnis von 93,5 Prozent zum Kanzlerkandidaten bestimmt.

Peer erreichte dieses Ergebnis unter anderem auch durch ein leidenschaftliches Plädoyer für eine gerechtere Gesellschaft.

Er sprach über die fehlende soziale Balance, die Ungerechtigkeit und Rücksichtslosigkeit der Exzesse auf den Finanzmärkten. Wachsende Kluft in der Vermögensverteilung, ungleiche Startchancen von Kindern, Spaltung des Arbeitsmarktes, schlechte Bezahlung für gute Leistung, mangelnde Gleichstellung von Frauen, marode Kommunen – Das alles wollen wir nicht hinnehmen. Peer sagte: „Deutschland braucht wieder mehr ‚wir‘ und weniger ‚ich‘“.

Damit hat er vollkommen recht. Und das geht weder mit Schwarz-Gelb noch mit einer großen Koalition. Wo die Union ihre Finger mit im Spiel hat, verhindert sie sozialen Fortschritt, so gut sie kann. Deshalb

ist es richtig, dass Peer Steinbrück klar und deutlich sein Wahlkampfziel formuliert hat: Kein halber, sondern ein ganzer Regierungswechsel. Nur eine rot-grüne Mehrheit kann



Kanzlerkandidat: Peer Steinbrück | Foto: Peer Steinbrück

Deutschland in die richtige Richtung voran bringen!

Besonders hat mich gefreut, dass Peer in seiner Bewerbungsrede auf dem Parteitag auch deutlich gemacht hat, dass Europa und der europäische Zusammenhalt in der Wahlauseinandersetzung offensiv kommuniziert werden müssen.

Wir dürfen keine Angst davor haben, Europa zu erklären. Gerade in dieser Zeit kommt es mehr denn je darauf an, Politik und ihre Auswirkungen in europäischer Dimension verständlich zu erklären.

Und da gehört für mich mehr dazu als die ewige Phrase der Kanzlerin: „Wenn es Europa schlecht geht, kann es Deutschland nicht gut gehen.“ Noch nie seit Bestehen der Europäischen Währungsunion waren mehr Menschen im Euroraum ohne Arbeit. Die Jugendarbeitslosigkeit im Süden explodiert. Da braucht es mehr als Durchhalteparolen. Investitionsimpulse in Infrastruktur und mittelständische Wirtschaft, eine Finanztransaktionssteuer

zur Finanzierung von Investitionen in industrielle Erneuerung und eine Beschäftigungsgarantie für junge Menschen würden Bewegung in die Sache bringen. Das müssen wir erklären, gerade den Jüngeren, damit diese sich nicht von Europa ab-, sondern der SPD und damit einem starken Europa zuwenden.

2 | Die Bundespolitik

Die schwarz-gelbe Bundesregie

6 Versprechen - 6 Wahrheiten der Fin

Die Griechenland-Lüge

Versprochen: Kein Geld für Griechenland. „Hilfe steht nicht auf der Tagesordnung, denn Griechenland sagt selbst, dass es im Augenblick keine Hilfe braucht“, so Kanzlerin Merkel am 21. März 2010.

DIE REALITÄT: Bis zum Frühjahr 2013 wird Griechenland knapp 200 Mrd. € an Hilfskrediten von seinen europäischen Partner und dem IWF erhalten haben. Und trotzdem: Der Schuldenstand Griechenlands wird zum Jahresende bereits 2012 den Rekordwert von rd. 175% erreichen – und danach bis mindestens Ende 2014 weiter steigen, vor allem weil das griechische BIP aufgrund der verordneten einseitigen Sparpolitik weiter schrumpft. Die Änderungen an zweiten Hilfspaket führen im Übrigen dazu, dass ab 2013 der Bundeshaushalt erstmals auch direkt durch die Griechenland-Hilfe belastet wird.

Die Abwärtsspirale aus Rezession und neuen Schulden ist ungebrochen. Die Schuldentragfähigkeit Griechenlands kommt nicht näher, sondern rückt in immer weitere Ferne. Andere Krisenländer wie Portugal oder Spanien finden sich inzwischen trotz aller bereits gewährten bzw. zugesagten Hilfen in demselben Kreislauf aus sinkendem BIP und steigender Schuldenquote gefangen.

Versprochen: Reform der Finanzmarktaufsicht

Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP versprochen, „die Bankenaufsicht in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank zusammen(zu)führen“ (S. 54). Für die europäische Ebene wurde „eine Vereinheitlichung der Aufsichts- und Prüfungsstandards in der Gemeinschaft“ vereinbart, bei der „die nationalen Kompetenzen und das Etatrecht unberührt bleiben.“ (S. 54)

DIE REALITÄT: Finanzminister Schäuble verirrt sich im Kompetenzgerricht. An der versprochenen Radikalreform der deutschen Finanzaufsicht hat sich Bundesfinanzminister Schäuble in den letzten Jahren nicht ernsthaft versucht. Der im Frühjahr 2012 schließlich vorgelegte Gesetzentwurf schlug lediglich punktuelle Veränderungen vor. Fachlich wurde dieser überholt durch die Verständigung über die Einrichtung einer europäischen Bankenaufsicht im Sommer 2012.

Tatsächlich sehen die Vorschläge der Europäischen Kommission eine weitgehende Verlagerung der nationalen Kompetenzen vor: Unter die europäische Aufsicht sollen nicht nur systemrelevante, grenzüberschreitend tätige Banken, sondern auch viele tausend regionale Institute gestellt werden. Einen Plan, wie das Zuständigkeitswirrwarr von europäischer Aufsicht, BaFin und Bundesbank gelichtet werden kann, hat Schäuble offenkundig nicht.



Immer wieder neue Erkenntnisse: Kommissar Olli Rehn und Finanzminister Schäuble
| Foto: Der Rat der Europäischen Union

Die Rettungsschirm-Lüge

Versprochen: Keine Transferunion, keine Rettungsschirme auf Dauer. Im Juli 2010 erklärte Bundesfinanzminister Schäuble: „Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin ist und ich Finanzminister bin, würden sie diese Wette verlieren. Die Rettungsschirme laufen aus. Das haben wir klar vereinbart.“

DIE REALITÄT: Inzwischen folgte auf den befristeten Rettungsschirm EFSF nicht nur der dauerhafte Schirm ESM, nein zurzeit laufen beide Rettungsschirme mit einem kombinierten maximalen Ausleihvolumen von fast 1 Billion € parallel - und zusätzlich haben wir noch die Ankündigung der EZB, notfalls in unbegrenzter Höhe Anleihen der Krisenstaaten zu erwerben.

Bankenregulierung und ihr kurzes Gedächtnis

Bankenregulierung und Bankenaufsicht von Union und FDP

Die Schuldenschnitt-Lüge

Versprochen: Es wird keinen Staatsbankrott geben. Nach den aktuellen griechischen Haushaltsplanungen wird die Gesamtverschuldung des Landes auf über 190% in den nächsten Jahren ansteigen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble jedoch erneuerte im „Bericht aus Berlin“ am 18. November sein „Nein“ zu einem massiven Schuldenerlass.

DIE REALITÄT: Im Herbst 2011 – bei einem griechischen Schuldenstand von etwa 170% – war Bundesfinanzminister Schäuble, damals ebenfalls in einem „Bericht aus Berlin“, in Sachen Schuldenschnitt zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen. Schäuble forderte damals „eine dauerhafte Lösung für Griechenland“ und befand: „Das wird ohne eine Reduzierung der griechischen Gesamtverschuldung nicht gehen“.

Die Auflösung dieses Widerspruchs: Heute geht es Schäuble und der Bundesregierung gar nicht mehr um eine dauerhafte Lösung für Griechenland – man will einfach nur irgendwie übers Wahljahr kommen, um dem staunenden Publikum anschließend die Wahrheit zu präsentieren: den unvermeidlichen Schuldenverzicht zulasten der öffentlichen Kreditgeber, also auch zulasten des Bundeshaushalts.

Versprochen: Regulierung der Finanzmärkte

Der Koalitionsvertrag verspricht, Initiativen zu ergreifen, „um auf europäischer und internationaler Ebene eine Vorreiterrolle bei der Vermeidung zukünftiger Krisen wahrzunehmen. Denn in Zukunft darf es kein Finanzmarktprodukt, keinen Finanzmarktakteur und keinen Finanzmarkt geben, der nicht reguliert und beaufsichtigt sind“ (S. 52).

DIE REALITÄT: Statt eine Vorreiterrolle bei der Regulierung der Finanzmärkte einzunehmen, wird Deutschland unter Schwarz-Gelb zum Bremsen und Nachzügler. Restrukturierungsgesetz, Bankenabgabe, Reform der Vergütungssysteme, Verbot ungedeckter Leerverkäufe und Finanztransaktionssteuer – allesamt wichtige Reformvorhaben, die von Sozialdemokraten in der Großen Koalition angestoßen wurden. Die jetzige Bundesregierung hingegen fällt als Initiator und Treiber einer durchgreifenden Regulierung und Eindämmung des spekulativen Kapitals aus.

Mit den Beschlüssen des Europäischen Rates vom Juni 2012 immerhin wurde auf europäischer Ebene dank sozialdemokratischer Beharrlichkeit der Weg frei gemacht für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Die Umsetzung im Rahmen einer verstärkten Kooperation vollzieht sich aber im Schnecken tempo, denn: In Wirklichkeit wollen weder Schäuble noch die FDP die Finanztransaktionssteuer. Europa wird als Ausflucht vorgeschoben.

Versprochen: Aufsicht gemäß Risiko

Union und FDP wollten sich dafür einsetzen, dass „bei der Intensität der Regulierung und der Aufsicht über Finanzinstitute stärker nach dem Risiko und der Systemrelevanz des einzelnen Instituts differenziert wird“ (S. 53)

DIE REALITÄT: Die Kleinen fängt man, die Großen lässt man laufen. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2012 waren für die Aufsicht über die Deutsche Bank AG mit einer Bilanzsumme von etwas über 2 Mrd. Euro bei der BaFin 19 Mitarbeiter und bei der Bundesbank rund 29 Mitarbeiter tätig. Die Sparkassen mit einer Bilanzsumme von zusammen rund 1 Mrd. Euro wurden durch rund 30 Mitarbeiter der BaFin und rund 100 bei der Bundesbank beaufsichtigt, die Genossenschaftsbanken mit einer Bilanzsumme von zusammen ebenfalls rund 1 Mrd. Euro von 55 Mitarbeitern der BaFin und 180 Mitarbeitern der Bundesbank.

Bei Sparkassen wird jeder Euro in der Bilanz also durch mehr als dreimal bzw. sechsmal so viele Mitarbeiter bei BaFin bzw. Bundesbank beaufsichtigt wie bei der Deutschen Bank AG, bei den Genossenschaftsbanken sind es fünfmal bzw. zehnmal so viele Aufsichtsmitarbeiter je Euro wie bei der Deutschen Bank AG.

4 | Aus Partei und Fraktion

Planspiel Zukunftsdialog 2013

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die SPD-Bundestagsfraktion wird 2013 erneut ihr Planspiel Zukunftsdialog für Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren durchführen. Vom 20. bis 23. April 2013 können sie vier Tage nach Berlin reisen und Politik hautnah miterleben. Ich möchte Euch bitten, auch in Eurem Umfeld für eine Teilnahme zu werben.

Europäer vor allem der Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand ist. Deshalb setze ich mich im Deutschen Bundestag im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union für ein starkes und einiges Europa ein.

Ich möchte deshalb von den Jugendlichen in der Region Trier wissen: Wie stellt Ihr Euch ganz per-



Manfred Nink im Gespräch mit Constanze Potthoff und Hao Vu beim Planspiel 2012

Europa ist aktuell das Top-Thema der Politik. In den Nachrichten liest und hören und lesen Jugendliche viel über die „Krise der Europäischen Union“, Rettungsschirme, Krisengipfel, Proteste und Demonstrationen in Spanien und Griechenland. Einige, die sich in der aktuellen Debatte lautstark zu Wort melden, vermitteln dabei den aus meiner Sicht falschen Eindruck, die Europäische Union würde hauptsächlich Probleme verursachen.

Die Geschichte hat gezeigt, dass die Europäische Union mit ihrem Parlament, ihren Institutionen, ihren Rechten und Werten für alle

sönlich ein starkes Europa vor und wie sieht unser Europa in Eurer Vorstellung im Jahr 2030 aus?

Ich freue mich auf kreative Antwort-Beiträge. Das kann zum Beispiel ein kurzer argumentativer Text, eine kleine Geschichte, ein Gedicht, ein Lied, eine Foto-Collage oder ein kurzer Film sein. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

Bewerbungsschluss ist der 24. Januar 2013. Weitere Informationen zur Teilnahme findet Ihr auf meiner Homepage unter: www.manfred-nink.de/zukunftsdialog-2013

Herzlichst, Euer

A handwritten signature in blue ink that reads "Manfred".

**Frohe Weihnachten
und guten Rutsch!**



**Mit diesem
vorweihnachtlichen Bild
aus dem politischen Berlin
wünschen mein Team und ich
Euch frohe und besinnliche
Weihnachtstage sowie einen
guten Start ins neue Jahr.**

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de